

## **Kirchen möchten klimafreundlicher mobil sein**

**Dreizehn Landeskirchen und Bistümer starten mit dem ökumenischen Netzwerk „Mobilität & Kirche“ eine intensive Zusammenarbeit. Die Nationale Klimaschutzinitiative des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) fördert das dreijährige Projekt.**

**Heidelberg, 21.01.2021** – Mit einer digitalen Auftaktveranstaltung ist das neu gegründete Mobilitätsnetzwerk „Mobilität & Kirche“ an den Start gegangen. Die acht beteiligten Landeskirchen und fünf Bistümer haben zusammen mit Gästen des Deutschen Caritasverbandes und der Diakonie Deutschland den Grundstein gelegt, um in den kommenden drei Jahren ihre Treibhausgasemissionen durch eine nachhaltige Mobilität zu reduzieren. Damit möchten sie einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz in Deutschland leisten.

Die engagierten Vertreterinnen und Vertreter der Landeskirchen und Bistümer möchten Erfahrungen austauschen, Strategien entwickeln und auch konkrete Projekte gemeinsam realisieren. Jeder Netzwerkpartner wird dazu individuelle Ziele aufstellen, Maßnahmen umsetzen und deren Wirkung nachverfolgen. Das Projektteam wird sich regelmäßig persönlich treffen und über eine Online-Plattform im Austausch sein. Mobilitätsexpertinnen und -experten werden neue fachliche Impulse in die Arbeit einbringen.

Der Landesbischof der Evangelischen Landeskirche in Baden, Prof. Dr. Jochen Cornelius-Bundschuh, betonte in seinem Grußwort, die einzelnen Christenmenschen wie auch die Kirchen seien gefragt, Klimagerechtigkeit und Nachhaltigkeit nicht nur politisch einzufordern, sondern diese Forderungen auch in der eigenen Praxis so zu realisieren, so dass dies in die Gesellschaft ausstrahle. Hierzu seien kleine und große, vor allem aber konkrete Schritte notwendig, in Richtung eines neuen, dem Geist Christi angemessenen Lebensstils.

Der Leiter der Unterabteilung Klimaschutzpolitik im Bundesumweltministerium, Berthold Goeke, hob den Pilotcharakter des neuen kirchlichen Mobilitätsnetzwerks und die Relevanz des Verkehrssektors für die Klimaschutzziele Deutschlands bis 2050 hervor. Der Verkehrssektor sei in nicht unerheblichem Maße für den Klimawandel mitverantwortlich. Rund ein Fünftel der in Deutschland ausgestoßenen CO<sub>2</sub>-Emissionen gingen auf den Bereich Mobilität zurück, der in der Gesamtheit seit 1990 kaum rückläufig gewesen sei.

Zuständig für das Netzwerkmanagement ist die Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft e.V. (FEST) mit dem dort angesiedelten Projektbüro Klimaschutz der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), das auch den Förderantrag an die Nationale Klimaschutzinitiative des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit gestellt hat.

Beteiligte Landeskirchen: Bremische Evangelische Kirche, Ev. Kirche in Mitteldeutschland, Ev. Landeskirche in Baden, Ev. Kirche Hessen und Nassau, Ev.

Kirche von Westfalen, Ev. Landeskirche in Württemberg, Ev.-Luth. Landeskirche Hannovers und Ev.-Luth. Kirche in Norddeutschland  
Beteiligte Diözesen: Bistum Aachen, Bistum Trier, Erzbistum Köln, Erzbistum München und Freising sowie Erzdiözese Freiburg

*Hans-Jürgen Hörner*

[hans-juergen.hoerner\(at\)kk-ekvw.de](mailto:hans-juergen.hoerner(at)kk-ekvw.de)

02361/206 205



Gefördert durch:



Bundesministerium  
für Umwelt, Naturschutz  
und nukleare Sicherheit



NATIONALE  
**KLIMASCHUTZ**  
INITIATIVE

aufgrund eines Beschlusses  
des Deutschen Bundestages

**Förderkennzeichen: 03K14156 – Bewilligungszeitraum: 01.11.2020 – 31.10.2023**

Mit der Nationalen Klimaschutzinitiative initiiert und fördert das Bundesumweltministerium seit 2008 zahlreiche Projekte, die einen Beitrag zur Senkung der Treibhausgasemissionen leisten. Ihre Programme und Projekte decken ein breites Spektrum an Klimaschutzaktivitäten ab: Von der Entwicklung langfristiger Strategien bis hin zu konkreten Hilfestellungen und investiven Fördermaßnahmen. Diese Vielfalt ist Garant für gute Ideen. Die Nationale Klimaschutzinitiative trägt zu einer Verankerung des Klimaschutzes vor Ort bei. Von ihr profitieren Verbraucherinnen und Verbraucher ebenso wie Unternehmen, Kommunen oder Bildungseinrichtungen.